



FÜR EUCH AKTIV IM RATHAUS!

Unsere Fraktion läßt sich in der Ratsversammlung nicht den Mund verbieten und vertritt konsequent Eure Interessen!

HEIMAT!
NEUMÜNSTER

**Liebe Bürgerinnen
und Bürger,**



Karin Mundt

nun bin ich schon seit fast 2 Jahren Mitglied der Ratsversammlungen – was man da so alles miterleben darf, paßt öfter auf keine Kuhhaut.

Ich bin generell ein freundlicher Mensch und grüße nicht nur aus Anstand, wenn ich einen Raum betrete. Zum ersten Mal in meinem Leben begegnet mir jedoch hier, durch die meisten Ratsmitglieder, bei jeder Sitzung eine verkniffene Nichtbeachtung jeder normalen Umgangsform. Ich grüße freundlich, man schaut betreten weg. Selbst beim Kaffeeholen, direkt Schulter an Schulter neben mir, mutiert die sonst so auf Menschlichkeit und Toleranz versessene Grünenpolitikerin zum versteinerten Schweigegelübde, sichtlich verärgert ob meiner harmlosen Freundlichkeit. Am Rednerpult wird aus „sehr geehrte Ratsmitglieder“ ein „Demokratinnen und Demokraten“ um zu suggerieren, daß wir nicht gemeint sind. Und mitten im SPD-Block dreht sich ein junger Mann jedes Mal demonstrativ mit seinem Stuhl um, wenn unser Mark Proch eine Rede hält.

Wir sind ja auch derart undemokratisch, da wir über Meinungs- und Parteigrenzen hinweg, über sinnvolle und unsinnige Anträge entsprechend unseres Programms im Namen unserer Wähler abstimmen, ganz ohne Fraktionszwang. In Reden sprechen wir frei und kritisch die Probleme an und geben auch gern anderen Recht, wenn es angebracht ist – wie furchtbar!

Aber genau das macht eine Demokratie erst lebendig: unterschiedliche Meinungen. Und dazu der Mut, für diese einzustehen oder sich auch mal anderen anzuschließen, wenn man in der Sache konform gehen kann.

Nein, für dickköpfiges Kindergarten-Verhalten ist uns die Zeit zu schade, uns geht es nur darum: vernünftige Politik für unsere Stadt zu machen und für die Interessen unserer Wähler zu kämpfen!

KEINE KITA UNTER TRÄGERSCHAFT EINES MOSCHEE-VEREINS

Die Stadt Neumünster möchte in der Christianstraße eine Kita unter der Trägerschaft des Merkezefendi-Moschee-Vereins errichten. Dieses Vorhaben betrachten nicht nur wir, sondern auch viele Bürger im Stadtteil kritisch. Besonders im Bereich der Christianstraße ist eine Integration längst gescheitert. Immer wieder liest man in den Medien von Drogenhandel und illegalem Glücksspiel. Der Ausländeranteil ist hoch, und es haben sich bereits Parallelgesellschaften gebildet. Hier ist es die Aufgabe der Stadt, entgegenzuwirken! Eine Kita unter der Trägerschaft eines Moschee-Vereins trägt ganz sicher nicht zu einer besseren Integration von Ausländern bei.

Daher hat unsere Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Wir lehnen eine Kita unter der Trägerschaft eines Moschee-Vereins entschlossen ab und fordern eine Kita im Bereich der Christianstraße unter der Trägerschaft der Stadt!

Die „Gutmenschen“ in der Ratsversammlung sahen das anders und überschlugen sich mit Multikulti-Lobeshymnen. Somit wird es in Neumünster die erste muslimische Kita in ganz Schleswig-Holstein geben.

CORONA-POLITIK AUFARBEITEN!

Spielplätze wurden abgesperrt, Schulen und Kitas geschlossen. Das Leben war geprägt von Abstandsregeln und Maskenpflicht. Während der Pandemie wurden drastische Maßnahmen ergriffen, die das tägliche Leben aller Bürger in Neumünster stark beeinflusst haben. Doch wie angemessen waren diese Maßnahmen wirklich?

Viele Bürger und zahlreiche Experten fordern eine kritische Analyse dieser Krisenpolitik. Dabei geht es nicht nur darum zu klären, welche Maßnahmen unnötig und unwirksam waren, sondern auch wer die Verantwortung für solche unsinnigen Maßnahmen zu tragen hat. Mit einem Antrag hat die Ratsfraktion Heimat Neumünster die Stadt aufgefordert, die Corona-Maßnahmen aus den Jahren 2021 und 2022 kritisch aufzuarbeiten und dabei zu prüfen, welche Maßnahmen rückblickend wirklich sinnvoll und zielführend waren. Außer der AfD-Fraktion erkannte keine andere Fraktion diese Notwendigkeit, und so wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt!

KLIMAHYSTERIE: 200.000 EURO FÜR EIN GRÜNFLÄCHENVERSORGUNGSKONZEPT

Die Stadt möchte 200.000 Euro für die Erstellung eines Grünflächenversorgungskonzepts an einen externen Berater zahlen, um u.a. die Grünflächen „klimagerecht pflegen“ zu können. Unglaublich, wie hier mal wieder Steuergelder aus dem Fenster geworfen werden sollen!

Wir sind der Auffassung, daß im Grünflächenamt Mitarbeiter beschäftigt sind, die auch ohne teures Konzept in der Lage sind, die Grünflächen sachgerecht zu pflegen. Doch beim vermeintlichen Klimaschutz scheint Geld keine Rolle zu spielen – oder gibt es wieder Fördergelder, die sinnlos auf den Kopf gehauen werden müssen? Wie auch immer... unser Fraktionsvorsitzender, Mark Proch, hat sich deutlich gegen diese Verschwendung von Steuergeldern ausgesprochen, und selbstverständlich haben wir gegen diesen Irrsinn gestimmt!

Schon gewußt?

Der Umzug des linken Jugendzentrums AJZ hat den Steuerzahler 7,7 Mio. Euro gekostet und entwickelte sich zu einem Faß ohne Boden. Ursprünglich wurden „lediglich“ 3,85 Mio. Euro dafür veranschlagt, um das Gebäude zu sanieren. Wir haben bereits in der Planungsphase vor den unüber-schaubaren Kosten gewarnt. Keiner wollte unsere Warnungen hören! Die etablierten Fraktionen werfen offenbar gern Geld aus dem Fenster.

++++

Der Oberbürgermeister wollte im Alleingang eine neue Stadtmarke inklusive neuem Logo entwickeln lassen und hatte dafür bereits eine Agentur beauftragt. Es wird mit Gesamtkosten von über 107.000 Euro gerechnet. Im Juni 2024 stellten wir den Antrag dieses unsinnige Vorhaben zu stoppen – abgelehnt! Nur drei Monate später versuchte die CDU-Fraktion es erneut und siehe da, der Antrag fand eine breite Mehrheit. Uns geht es um die Sache, daher dürfen die CDU und alle anderen Fraktionen gerne bei uns abschreiben, wenn man nicht den Mut besitzt für unsere Anträge zu stimmen.

KEINE UNTERSTÜTZUNG FÜR LINKSEXTREMISTEN!

Auf der Plattform X (ehemals Twitter) teilte die Antifa Neumünster einen Beitrag über die Verhaftung des Linksterroristen Johann Guntermann, in dem es hieß: „Scheiß Nazis, Scheiß Bild, Scheiß LKA. Liebe und Kraft für Johann. Grüße an alle Untergetauchten. Ihr seid der Hammer.“

Guntermann ist Mitglied der „Hammerbande“. Gegen ihn lief seit März 2021 ein Haftbefehl. Auf Hinweise zu seiner Ergreifung waren 10.000 Euro Belohnung ausgesetzt. Die extrem gewalttätige „Hammerbande“ hat in den Jahren 2019 und 2020 gewaltsame Angriffe gegen Personen durchgeführt, die aus ihrer Sicht der „rechten Szene“ angehörten. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Teilweise wurden die Gelenke der Opfer mit Hämmern zertrümmert.



Wer diesen linken Terrorismus verharmlost und sich mit Kriminellen solidarisiert, hat den Boden des Rechtsstaates verlassen und darf nicht weiterhin Unterstützung in der Gesellschaft finden! Aus diesem Grund stellte unsere Fraktion den Antrag, daß sich die Ratsversammlung von den Veröffentlichungen der sogenannten „Antifa Neumünster“ in den sozialen Medien distanziert und forderte die Stadt Neumünster auf, jegliche Zusammenarbeit und Unterstützung sofort einzustellen! Die Musterdemokraten hüllten sich in Schweigen und lehnten den Antrag kommentarlos ab.

**Liebe Bürgerinnen
und Bürger,**



Horst Micheel

oft kommt es mir so vor, als ob ältere Menschen von der Politik aufs Abstellgleis geschoben werden. Auch in unserer Heimatstadt gibt es viel zu wenig Unterstützung für Senioren. Wenn der Bürgermeister im Wahlkampf Pflegeheime besucht, hat er kaum mehr als warme Worte im Gepäck. Die Situation in den Einrichtungen, die den Pflegebedürftigen eigentlich einen schönen Lebensabend bieten sollte, hat sich nicht zuletzt durch Personalmangel deutlich verschlechtert und ist für die meisten unbezahlbar geworden. Welcher Rentner kann sich einen Eigenanteil von über 3.000 Euro im Monat leisten? Zusätzlich fehlen in unserer Stadt 121 Plätze in Pflegeheimen.

Ich mache mich als Mitglied der Ratsversammlung für die Rechte der älteren Bürger stark. Es ist ein Skandal, daß Menschen, die teilweise Jahrzehnte gearbeitet und Steuern gezahlt haben, im Alter noch nicht mal einen bezahlbaren Pflegeplatz erhalten! Hier hat die Politik versagt. Dieses Versagen zieht sich wie ein roter Faden durch die Stadt: zu wenig Kita-Plätze für Kinder, zu wenig bezahlbarer Wohnraum für Familien und im Alter noch nicht einmal ein Pflegeplatz. Die Verantwortlichen für diese miserable Politik sollten sich schämen!

ERSCHRECKEND: VERSCHULDUNG DER STADT STEIGT AUF RUND 180 MILLIONEN EURO!

Am 24. September 2024 tagte die Ratsversammlung Neumünster, und es ging um die Haushaltsplanung, also um Geld. In seiner Haushaltsrede griff unser Fraktionsvorsitzender die etablierten Parteien an, denn sie haben die finanzielle Schieflage der Stadt zu verantworten und schmeißen weiterhin Millionen für ideologische Luftblasen aus dem Fenster!

Eine Verschuldung, die auf 180 Millionen steigt, ist erschreckend! Es ist nicht nachvollziehbar, daß trotzdem noch weiterhin hohe Summen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes ausgegeben werden. Zum Beispiel 200.000 Euro für ein Grünflächenversorgungskonzept an einen externen Berater, um u.a. die Grünflächen „klimagerecht pflegen“ zu können. Natürlich braucht Neumünster, nach Auffassung der selbsternannten Klimaretter in der Ratsversammlung, z.B. auch einen Klimapark, für den die Stadt mindestens 1,3 Millionen Euro zahlen muß, oder teure Elektromüllfahrzeuge für das TBZ.

Auch in anderen Bereichen werden (Steuer-)Gelder unnötig ausgegeben: unser Antrag, die rund 100 ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abzuschicken, wurde von der Ratsversammlung vom Tisch gewischt.

Das alles hat nicht das Geringste mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik zu tun – denn eingespart wird mal wieder im sozialen Bereich, bei Schulen und Kitas und bei der Sanierung von Straßen, Rad- und Fußwegen, um nur einige Beispiele zu nennen. Unter diesen Gesichtspunkten konnte unsere Fraktion dem Haushalt natürlich nicht zustimmen!

Mark Proch traf mit seiner Haushaltsrede gezielt ins Schwarze und griff die etablierten Parteien, sowie die CDU-Fraktion gekonnt an. Als es um die Erhöhung der Kita-Beiträge ging, ergriff unsere Ratsfrau Karin Mundt das Wort. Als selbst vierfache Mutter verdeutlichte sie, daß es andere Wege geben muß, als hier wieder einmal die Familien finanziell noch stärker zu belasten.

Familienfreundlichkeit sieht nach unserer Auffassung anders aus, und man braucht sich bei solcher Politik nicht über einen weiteren Geburtenrückgang mit all den negativen Folgen für unser Volk zu wundern. Dann wurde mal wieder die Situation an den Schulen in Neumünster und die Notwendigkeit von mehr Schulsozialarbeitern diskutiert. Erneut ging Karin Mundt ans Rednerpult. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, mögen mehr Schulsozialarbeiter notwendig sein, aber es ist ein hausgemachtes Problem, das die Politik mit zu verantworten hat. Unnötige Corona-Maßnahmen an Schulen, eine unkontrollierte Einwanderung und damit ein hoher Anteil an ausländischen Schülern, sowie immer höhere finanzielle Belastungen für Familien und damit eine hohe Kinderarmut, haben die Verhältnisse an Schulen äußerst negativ beeinträchtigt. Mit mehr Schulsozialarbeitern werden daher lediglich die Symptome einer verfehlten Politik abgemildert, aber nicht die wirklichen Ursachen bekämpft!

WOHNUNGSBAUQUOTE FÜR SOZIALWOHNUNGEN. UNSERE FORDERUNG WIRD NACH 5 JAHREN ENDLICH UMGESETZT!

Manchmal kann man sich als Fundamentalopposition verwundert zurücklehnen und zuschauen, wie die etablierten Parteien, die auf keinen Fall den Anträgen der Fraktion HEIMAT NEUMÜNSTER zustimmen dürfen, dennoch durch die Hintertür unsere Forderungen umsetzen.

Im aktuellen Fall geht es um eine Quote für den Sozialen Wohnungsbau. Vor über 5 Jahren, auf der Ratssitzung vom 2. April 2019, forderte unsere Fraktion eine Quotenregelung, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im Antrag hieß es: „Die Ratsversammlung fordert die Stadt Neumünster auf, bei zukünftigen Neubauprojekten eine Quote von mindestens 30% für Sozialen Wohnungsbau zu berücksichtigen.“ Dieser Antrag wurde damals von allen übrigen Fraktionen abgelehnt!

Unser Fraktionsvorsitzender Mark Proch ließ es sich daher nun nicht nehmen, den Altparteien den Spiegel vor's Gesicht zu halten: „Ich freue mich, daß der Groschen nun doch gefallen ist, es dauert manchmal wohl etwas länger. Vielen Dank, unsere Wähler werden es begrüßen.“

UNTERLASSUNGSERKLÄRUNG GEGEN OBERBÜRGERMEISTER BERGMANN

Auf der Ratssitzung im Februar 2024 unterstellte Bergmann unserer Fraktion Verfassungsfeindlichkeit und behauptete, daß es uns gar nicht um sachliche Politik ginge, sondern darum, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen. Diesmal hat sich Herr Bergmann viel zu weit aus dem Fenster gelehnt!



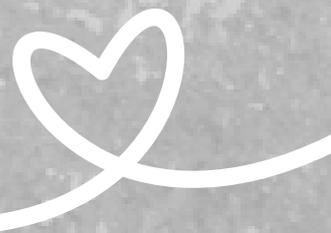
Über unsere Anwältin haben wir eine Unterlassungserklärung erwirkt, die Bergmann vermutlich zähneknirschend unterschrieb, denn die Heimat Neumünster war als unabhängige Wählergemeinschaft zur Kommunalwahl angetreten und ist von den Bürgern auch als solche gewählt worden. Seine Zitate aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die damalige NPD treffen also auf die Heimat Neumünster nicht zu. Für uns ist diese Unterlassungserklärung ein großer Erfolg und ein erster Dämpfer für einen Oberbürgermeister, der ständig über das Ziel hinausschießt und seine Neutralitätspflicht verletzt. Wir werden auch zukünftig ganz genau hinsehen und, wenn erforderlich, erneut rechtliche Schritte gegen Bergmann einleiten.

DEMOKRATIE LEBT VON DER VIELFALT DER MEINUNGEN

Auf dem Neujahrsempfang der SPD, vergriff sich der Fraktionsvorsitzende, Frank Matthiesen, in der Wortwahl mit folgender Aussage: „AfD und NPD sind mit allen Mitteln zu bekämpfen und dürfen deshalb nicht bei Einladungen zu Veranstaltungen mit demokratischen Parteien gleichgestellt werden.“

Was hält Herr Matthiesen vom Gleichheitsgrundsatz aller Fraktionen, und was sind für ihn „alle Mittel“? Solche Äußerungen können durchaus der Nährboden für gewaltbereite Linksextremisten sein! Gerade Herr Matthiesen müßte dies aus beruflichen Gründen wissen. Wegen immer wiederkehrender Gewalt von linksextremen Tätern gegen politisch Andersdenkende sahen wir uns gezwungen, einen Antrag zu stellen, in dem sich die Ratsversammlung von solchen Aussagen distanziert. Matthiesens Parteigenosse, Mirko Sieksmeyer (stellv. SPD-Kreisvorsitzender), formulierte in seiner Eröffnungsrede auf der gleichen Veranstaltung ganz anders: „Die Demokratie lebt von der Vielfalt, von der Vielzahl der unterschiedlichen Meinungen und Positionen.“

Dem können wir nur zustimmen – daher benannten wir in unserem Antrag die Äußerungen des Herrn Matthiesen auch als das, was sie sind: undemokratisch! Doch mal wieder rissen sich die vermeintlichen Musterdemokraten der Ratsversammlung die Maske vom Gesicht und stimmten gegen unseren Antrag.



ABWAHLVERFAHREN GEGEN OBERBÜRGERMEISTER BERGMANN

**Liebe Bürgerinnen
und Bürger,**



Mark Proch

unsere Stadt ist mit 180 Millionen Euro hoch verschuldet. Verantwortlich für diese finanzielle Schieflage sind die etablierten Parteien, die trotzdem noch weiterhin Millionen für ideologische Luftblasen aus dem Fenster werfen. Für den sogenannten Klimaschutz und für Fremde, scheint immer Geld vorhanden zu sein, während man im sozialen Bereich und bei Familien den Rotstift ansetzt. Schulen sind marode und für Neubauten ist kein Geld vorhanden. Kindergartenbeiträge wurden erhöht. Ist das eine vernünftige Politik zum Wohle der Bürger?

Unsere Fraktion hat regelmäßig Sparvorschläge gemacht, die von den Musterdemokraten einfach so vom Tisch gewischt wurden. Warum werden ausreisepflichtige Ausländer nicht abgeschoben? Warum muß es für fast alles externe Gutachten und Strategiepapiere geben, die hunderttausende von Euro verschlingen? Warum braucht man ein elektrisches Müllfahrzeug für eine Million Euro, wenn ein konventionelles Fahrzeug nur 350.000 bis 400.000 Euro gekostet hätte?

Das sind nur einige Beispiele, die verdeutlichen, wie die etablierten Parteien mit unseren Steuergeldern umgehen. Verantwortungsvolle Finanzpolitik ist das längst nicht mehr!

MEHR ABSCHIEBUNGEN IN NEUMÜNSTER

Der „Holsteinische Courier“ berichtete in einem Artikel, daß in Neumünster im vergangenen Jahr nur ein (!) ausreisepflichtiger Ausländer abgeschoben wurde.

(weiterlesen auf der nächsten Seite)

Viele Bürger sehen die Selbstdarstellung des OB Bergmann sehr kritisch. Meist sind Dinge, die er ankündigt und zur Chefsache erklärt, nur leere Worte. Taten folgen selten! Kriminalität, Leerstände in der Innenstadt, Termine im Bürgerbüro, Wohnungsnot, Überfremdung... kaum etwas hat sich zum Besseren gewendet, eher im Gegenteil. Die Bürger dieser Stadt scheinen ihm also nicht so wichtig zu sein.

Ganz andere Themenbereiche brachten ihn dann doch öfter in Aktion: Mehrfach verletzte Bergmann seine Neutralitätspflicht als Verwaltungschef und äußerte sich negativ und herabwürdigend über ihm unliebsame Ratsfraktionen! Außerdem läuft gegen Bergmann derzeit eine Kommunalaufsichtsbeschwerde, weil er bestimmte Informationen nicht an alle Fraktionen weitergeleitet hat! So sieht also das Demokratieverständnis des Herrn Bergmann aus!?

Und nicht nur verbal verläßt er regelmäßig die Neutralität: Seite an Seite demonstrierte er mehrfach mit militanten Linksextremisten und der gewalttätigen Antifa! Er nutzt auch regelmäßig das linke Radioprojekt „Freies Radio Neumünster“ für seine Selbstdarstellung.

Ein Bürgermeister ist aber, als Verwaltungsbeamter, zur Neutralität verpflichtet! Bergmann ist nach unserer Auffassung als Oberbürgermeister nicht mehr tragbar, daher beantragte unsere Fraktion ein Abwahlverfahren gemäß §57 d (1) der Gemeindeordnung gegen OB Bergmann.

Lediglich der Fraktionsvorsitzende der AfD bekräftigte unseren Antrag durch eine Wortmeldung. Bei den übrigen Parteien herrschte betretenes Schweigen, und so wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.



Aktuell gerade einmal 1 Prozent nachhause zu schicken, ist viel zu wenig. Rund 100 ausreisepflichtige Ausländer leben in unserer Stadt – und auf Kosten dieser Stadt, wo wichtige Projekte die eigenen Bürger und deren Kinder betreffend, seit Jahren an Geldknappheit leiden.

Die Ausländerbehörde setzt falsche Schwerpunkte. Vor einem Jahr forderte OB Bergmann mehr Personal für die Ausländerbehörde, allerdings nicht für konsequentere Abschiebungen, sondern für mehr Einbürgerungen. Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß eine Neuausrichtung der Ausländerbehörde dringend notwendig ist. Daher stellten wir den Antrag, den zukünftigen Schwerpunkt der Ausländerbehörde nicht auf Einbürgerungen, sondern auf Abschiebungen zu legen, damit ausreisepflichtige Ausländer, die sich unrechtmäßig in unserer Stadt aufhalten, schnellstmöglich unser Land verlassen.

Offenbar sind aber in Neumünster Abschiebungen politisch gar nicht gewollt, denn der Antrag wurde ohne inhaltliche Auseinandersetzung abgelehnt.

WARUM ERST JETZT? LEITLINIEN ZUR KRIMINALPRÄVENTION SETZEN UNSERE FORDERUNGEN UM!

Beim Thema Sicherheit passiert endlich was. Nachdem wir bereits im Jahr 2023 eine Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes und eine Anlaufstelle für besorgte Bürger forderten, möchte man durch die Hintertür unsere damals abgelehnten Forderungen nun doch umsetzen. Zumindest steht es so in den Leitlinien, die die Ratsversammlung nun beschlossen hat.

Noch früher, bereits im Februar 2019, forderten wir mehr Beleuchtung und die Umgestaltung unübersichtlicher und dicht gewachsener Stellen im Rencks-Park. Jetzt sehen die neuen Leitlinien genau diese Maßnahmen vor, um das „Sicherheitsgefühl“ der Bürger zu erhöhen.

Das hätte man alles viel früher haben können, wenn man unsere damaligen Anträge nicht aus ideologischen Gründen abgelehnt hätte.

Natürlich meldeten sich zu diesem Thema auch unsere Fraktionsmitglieder zu Wort. Während Fraktionsvorsitzender Mark Proch auf die allgemeine Sicherheitslage einging und signalisierte, daß seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird, machte Karin Mundt gleich einen Finanzierungsvorschlag: Man könne doch die rund 100 illegalen, auf Kosten der Stadt in Neumünster lebenden, Ausländer einfach mal zur Abreise bewegen... was SPD Mitglied Paul Weber zum lauten Zwischenruf verleitete, dies wäre „böartig!“ – doch was kann an der Forderung, geltendes Recht endlich umsetzen, böartig sein?

*Aktuelle Infos bei
Facebook*



<https://www.facebook.com/fraktion.heimat.neumuenster>

CANNABISFREIE ZONEN IN NEUMÜNSTER

Seit dem 1. April 2024 ist der Konsum von Cannabis durch die Bundesregierung legalisiert worden. Laut Gesetz ist der Konsum von Cannabis in Sichtweite (100m) von Schulen, Kinderspielplätzen, Kinder- sowie Jugendeinrichtungen und öffentlich zugänglichen Sportstätten verboten. In Fußgängerzonen ist der Konsum von 7-20 Uhr untersagt.

Diese Regelung reicht nach unserer Auffassung nicht aus und bietet keinen hinreichenden Schutz für Minderjährige. Die Grünflächen unserer Stadt sollen für alle Bürger, insbesondere auch für Familien, zur Erholung dienen und müssen daher drogenfrei bleiben.

Der Innenstadtbereich und der Bahnhofsvorplatz sind schon jetzt Kriminalitätsschwerpunkte und Bereiche, an denen sich viele Menschen auf engstem Raum aufhalten. Auch hier kann ein Jugendschutz nicht gewährleistet werden.

Schon gewußt...?

Die Stadt Neumünster veranstaltet jedes Jahr einen Neujahrsempfang für Kommunalpolitiker und Vertreter von Vereinen, Verbänden und der Wirtschaft. Man klopft sich gegenseitig auf die Schulter und läßt es sich bei kühlen Getränken, Essen und Live-Musik gut gehen. Eine Anfrage unserer Fraktion ergab, daß dieser Spaß jedes Jahr rund 10.000 Euro kostet.

Unsere Stadt ist hoch verschuldet, und wir sind der Auffassung, daß dieses Geld bei der derzeitigen Haushaltslage im sozialen Bereich oder an Schulen und Kitas sicher besser eingesetzt werden kann!



www.youtube.com/@heimatneumuenster



Unsere Reden in der
Ratsversammlung
auf Youtube

Besonders an den Kriminalitätsschwerpunkten ist durch den öffentlichen Konsum von Drogen mit einer sinkenden Hemmschwelle zu rechnen. Es besteht die Gefahr, daß die Kriminalität dadurch noch mehr zunimmt und damit die Sicherheit der Bürger weiter sinkt. Aus diesem Grund haben wir auf der Ratssitzung umfangreiche cannabisfreie Zonen gefordert. Nach unserer Auffassung sollte der Konsum von Cannabis im gesamten Innenstadtbereich und auf allen städtischen Grünflächen untersagt werden.

Der Erste Stadtrat Michael Knapp sah das anders. Er bestätigte, daß eine solche Regelung zwar möglich, aber aus seiner Sicht nicht erforderlich sei. Selbst auf der Holstenköste, wo sehr viele Menschen auf engem Raum zusammenfinden, soll laut Auffassung von Knapp keine vorübergehende Verbotzone eingeführt werden.

Die Ratsversammlung folgte den Ausführungen von Knapp, und so bleibt das Kiffen in Neumünster auch an Kriminalitätsschwerpunkten weiterhin erlaubt.

RATSFRAKTION
HEIMAT NEUMÜNSTER
POSTFACH 2326
24513 NEUMÜNSTER



www.heimat-neumuenster.de



info@heimat-neumuenster.de

HEIMAT!
NEUMÜNSTER